GAMMA

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

Nr. 22 - 18.Januar 99 - gegen Spende*

Das Antifa Infotelefon Leipzig könnt Ihr anrufen unter: 0341 - 940 540 7.

Wenn Ihr uns Informationen zukommen lassen wollt: Anrufbeantworter + Fax: **0341 - 940 540 8. Unter dieser Nummer könnt Ihr Euch auch das GAMMA per Faxabruf holen.**
Bitte sprecht langsam und deutlich und hinterlaßt, wenn möglich, eine Rückrufnummer. Oder Ihr schickt die Infos per Post an: **IT, PF 101417, 04014 Leipzig.** Wir sind an jeder Art Infos interessiert, sei es über Streß mit Bullen, Nazis oder eine Veranstaltung, Demo usw.,die Ihr plant. Dies können auch Fakten sein , die nicht veröffentlicht, sondern an die richtigen Stellen weitergegeben werden sollen.
* **Spende** in die GAMMA-Spenden-Kasse, die dort steht, wo's GAMMAs gibt.

Was gewesen ist...

Bundesweit

CDU startet Kampagne

Der Bonner Gesetzentwurf zu doppelten Staatsbürgerschaft liegt noch nicht einmal vor, und auch der Gegenentwurf der CDU/CSU ist noch fertig. Doch nach Darstellung der hessischen CDU sei es unmöglich, noch länger mit der Unterschriftenaktion gegen das neue Einbürgerungsrecht zu warten. Sie hat daher bereits am **14.1.** damit begonnen, auf Wahlveranstaltungen und Starßenständen eigene Unterschriftenlisten auszulegen.
Für ihre Unterschriftenaktion erhält die Union allgemein viel Beifall vom rechtesten Rand. Sowohl die **Republikaner** als auch die **NPD** wollen die Aktion tatkräftig unterstützen und bieten in Bayern der CSU ihre Mitarbeit an. NPD-Bundessprecher **Klaus Beier** freut sich bereits über „Kontakte zur CSU auf lokaler Ebene". „Wenn die Hauptzielrichtung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft bleibt, dann machen unsere Mitglieder bei der CSU-Aktion an vorderster Front mit."
Mittlerweile prüfen die **Jusos** die Möglichkeit, Bayerns Ministerpräsident **Stoiber** wegen seiner Äußerungen in diesem Zusammenhang wegen Volksverhetzung anzuzeigen.

Abschiebung aufgeschoben

Nach zahlreichen Protesten ist die Abschiebung der am **10.12.** aus dem nordrhein-westfälischen Wanderkirchenasyl heraus verhafteten Kurden um einen Monat aufgeschoben worden. Obwohl die beiden Kurden in der Türkei mit Verhaftung, Folter und rechnen müssen, sahen deutsche Behörden keine Hindernisse für eine Abschiebung. Das Bundesamt zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge begründete die Ablehung des Asylantrags u.a. mit dem Satz: „Eine unmenschliche Behandlung wie die Folter als solche ist nach Wortlaut und Sinn des Grundrechts nicht asylerheblich. ... da Mißhandlungen in Polizeigewahrsam zur Gewinnung von Geständnissen allgemein verbreitet ist". Wahrscheinlich soll der Aufschub der Abschiebung jedoch nur das Abflauen der Proteste bewirken.

Trauer unerwünscht

Weil deutsche Behörden seinen Asylantrag nie bearbeitet haben, hatte sich der Kurde **Berzan Öztürk** vor der drohenden Abschiebung am **1.11.** in der Stammheimer Abschiebhaft selbst verbrannt.
Ca. 2500 trauernde Kurden wollten von ihm nach kurdischem Brauch Abschied nehmen, der **Stuttgarter** OBM, **Wolfgang Schuster**, verbot jedoch eine solche Trauerfeier mit der Begründung, sie sei eine politische Demonstration und somit unvereinbar mit dem deutschen Bestattungsgesetz. Der Konvoi mit den Kurden wurde auf der Autobahn gestoppt, woraufhin diese Öztürk auf den Frankfurter Flughafen brachten und dort eine improvisierte Trauerfeier abhielten.
Damit nicht genug, war im Nachhinein noch der Stuttgarter Polizeipräsident, **Haas**, von den Vorgängen betroffen. Er hatte sich kritisch zu dem Verbot geäußert und sich geweigert, gegen die Kundgebung vorzugehen. OBM und BaWü's Innenminister **Thomas Schäuble** griffen ihn deswegen an und er wurde der Zusammenarbeit mit der PKK beschuldigt. Letztendlich wurde er am **12.1.** von seinem Posten versetzt - ins Innenminsterium. (FR 8.1.,BerZ 12.1.+JW 13.1.)

Antwort auf Vorfälle in Bochum (siehe GAMMA #19)

Der Polizeipräsident von Bochum hat auf eine Anfrage der Grünen im Rat der Stadt Bochum zu den Vorfällen am 11.12. geantwortet. Sie ist weniger wegen Äußerungen zur Sache (die macht er nicht, da schwebendes Verfahren bei Staatsanwaltschaft) interessant als wegen u.a. folgenden Zitaten: Solche Vorgänge seien bei der Bochumer Polizei undenkbar, „auch vor dem Hintergrund, daß Polizeibeamten einige Türen mehr geöffnet sind als dem Durchschnittsbürger."; „Es irritiert..., daß die Vorwürfe...jedenfalls in schriftlicher Form bisher nur anonym erhoben wurden und dies im Stil übelster politischer Kloake."; „...anonyme Vorwürfe aus dem Bereich politischer Unkultur, der sich mehr als einmal in Deutschland auch noch der Förderung als alternative Kultur erfreuen darf..."; „Das antifa-

schistische Tarngewand bedeckt für jeden, der sehen will, nicht die nackte Gewaltbereitschaft um bloßer Gewaltausübung willen.".

Abschiebungs-Vorfeld

Am **4.1.** hat ein 43jähriger Kurde vor dem Rathaus in **Bielefeld** damit gedroht, sich anzuzünden, um die Abschiebung seines jüngeren Bruders in die Türkei zu verhindern. Er hatte sich bereits mit Benzin getränkt. (BerZ 4.1.)

Abschiebefolgen

Der von **Büdingen** in den Libanon abgeschobene **Ali Berro** sitzt in einem Beiruter Gefängnis. Er wurde einen Tag nach seiner Ankunft verhaftet, teilte der Büdinger Ausländerbeirat unter Berufung auf die Familie von Berro mit.
Der 39jährige Berro ist seit 1993 Vorsitzender des Büdinger Ausländerbeirates. Sein Asylantrag wurde 1987 abgelehnt. Die Abschiebung erfolgte am **5.1.**, nachdem kein anderes arabisches Land den Flüchtling aufnehmen wollte.
Vermutlich ist die Festnahme aufgrund fehlender Ausweispapiere nur ein Vorwand, um Berro über seine politischen Aktivitäten zu verhören. Ein Freund Berros soll damals im syrischen Gefängnis verschwunden, ein Verwandter nach Syrien verschleppt worden sein. (FR 8.1.)

Landesausreisezentrum als Druckmittel?

Ein sogenanntes „Landesausreisezentrum" soll im rheinland-pfälzischen **Ingelheim** entstehen. Dafür wird die jetzige Erstaufnahmestelle des Landes aufgelöst, um Platz für eine Abschiebehaftanstalt für bis zu 150 abgelehnte Asylbewerber, eine Landesunterkunft für Ausreisepflichtige und eine Notunterbringung zur Entlastung von Kommunen in *einem* Objekt zu schaffen. Die Anlage soll auch gleich vom Saarland mitgenutzt werden.

Naziüberfälle

Schweinfurt, 1.1.: 20 Nazis überfallen Aussiedler-Wohnheim mit Gaspistolen, drei Aussiedler verletzt. (BerZ 5.1.)
Magdeburg, 7.1.: Togoer von Nazi zusammengeschlagen und getreten, mußte ambulant behandelt werden; Täter gefaßt, „gehöre jedoch nicht der rechten Szene an". (taz 9.1.)
Berlin-Hellersdorf, 8.1.: Ein Vietnamese von Nazis zielgerichtet und geplant zusammengeschlagen und niedergestochen worden, mittlerweile außer Lebensgefahr. (BerZ 9.1.)

Skinheadkonzert in Bayern

Die Polizei hat ein Naziskin-Konzert bei **Freilassing** in Oberbayern verhindert. Rund 70 Nazis waren aus dem gesamten Bundesgebiet angereist. (BerZ 10.1.)

Regional

Weiter Naziterror in MW

In **Mittweida** erfolgte am **13.1.** der nun mittlerweile dritte Überfall durch Nazis auf dieselbe WG. Verletzt wurde niemand, es entstand Sachschaden. In der Woche davor war es gehäuft zu versuchten Übergriffen gekommen, es wurden den Faschos unliebsame Leute durch die Stadt gejagt und Autos beschädigt.

Repression in Leisnig

Am **13.1.** kam es in Leisnig zeitgleich zu zehn Hausdurchsuchungen. Anlaß waren die Vorfälle zu Weihnachten 98 (GAMMA #20). Die Durchsuchungen waren eher oberflächlich, die Durchsuchten wurden jedoch anschließend zum Verhör mit auf die Polizeiwache genommen.

Leipzig

Pech gehabt

hat ein Nazi in der Plagwitzer **Gießerstraße**, als er die Ankündigung für den Angriff auf ein Projekt an eine Hauswand sprühen wollte. Er war noch nicht mal mit dem Datum fertig, als er von der Polizei aufgegriffen wurde.

Was sein wird...

Bundesweit

Gegendemo zum NPD-Bundesparteitag

Für die am **23.1.** in **Mulda bei Freiberg** geplante Demonstration gegen den Bundesparteitag der NPD stehen die Treffpunkte fest. In Mulda ist der Treffpunkt um **12 Uhr am Bahnhof**. Dem Aufruf der Veranstalter zufolge ist die Anreise mit Pkw erwünscht (und empfohlen!). Zu den Treffpunkten in den jeweiligen Städten sollten möglichst viele Leute mit Autos kommen.
Sollte der Parteitag unwahrscheinlicherweise doch verlegt werden, bleiben die Treffpunkt den Informationen zufolge bestehen.
Die Infonummer für den 23.1. ist ab 7 Uhr: 0351-4901903.

Nazi-Aufmarsch in Kiel

Die **Jungen Nationaldemokraten** u.a. (**NPD** Schleswig-Holstein, „Freie Aktionsgruppen" im **Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland, Bündnis Rechts**) wollen am **30.1.** in Kiel aufmarschieren. Der Grund dafür ist wieder einmal die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, die zur Zeit in Kiel zu sehen ist. Wahrscheinlich, um das richtig authentische *wie-unsere-Großväter*-Feeling zu kriegen, treffen sie sich um **12 Uhr** am Exerzierplatz.

Kongress Neue Arbeit

Vom **19. bis 22.2.** soll in **Bremen** ein überregionaler Kongress „Neue Arbeit zwischen Selbstorganisation und Institutionalisierung" stattfinden. Ein Thema u.a.: Arbeitsberatung zwischen Arbeitsmarktorientierung und Emanzipation von der Lohnarbeit. Kontakt: AG Neue Arbeit, Projektehaus, Bauernstraße 2, 28203 Bremen.

Leipzig

Treffpunkt zur Abfahrt nach Mulda

von Leipzig aus ist **10 Uhr am Connewitzer Kreuz.**

Antifa-Konferenz

Die **„Leipziger Aktionsfront"** des **Bundes der Antifaschisten (BdA)** plant vom **29. bis zum 30.5.** in Leipzig eine Antifa-Konferenz. „...festzustellen wäre, ob es wirklich so auseinanderdriftende Meinungen und Ansichten gibt und wo es einen gemeinsamen Kampf geben kann und muß."

Zum Schluß noch ein Hinweis auf das Infotelefon GARFIELD aus dem Rhein-Neckar-Raum, wo Ihr ebenfalls aktuelle Nachrichten - bundesweite wie regionale- hören könnt. Das Telefon wird zweimal wöchentlich aktualisiert. Die Nummer ist 06272-3559. Und es gibt auch das Antifa-Infotelefon Berlin unter 030-275 6075 6 wieder.

GAMMA ist in Leipzig zu haben im Conne Island, im Antifa-Presse-Archiv, im Infoladen und in der Lichtwirtschaft.